

## **N I E D E R S C H R I F T**

### **über die 18. Sitzung des Verkehrsausschusses**

vom:	<b>11.04.2002</b>
von:	<b>16:00 Uhr</b>
bis:	<b>18:45 Uhr</b>
Ort:	<b>Rathaus Geisweid, Großer Sitzungssaal</b>

#### **Anwesend waren:**

##### I. Vom Verkehrsausschuss

Dreisbach, Jürgen - als Vorsitzender -  
Doppler, Christian  
Gerlach, Heinrich  
Hahn, Harald  
Heupel, Rüdiger  
Jacob, Martin - für Stv Zips, Joachim von 17.00 Uhr bis 17.35 Uhr (TOP 8 ö. T.) -  
Juckenack, Reinold - für AM Nickel, Volker -  
Müller-Kurz, Ingo - für von der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN noch nicht  
benanntes ordentliches Mitglied -  
Plate, Helmut - für Stv Siebel, Helmut ab 17.10 Uhr, während TOP 8 ö. T. -  
Siebel, Helmut - bis 17.10 Uhr, während TOP 8 -  
Sonntag, Hartmut  
Stein, Manfred - für von der CDU-Fraktion noch nicht ben. ordentl. Mitglied -  
Vogler, Alfred  
Wolf, Bruno - für AM Heimann, Lothar -  
Zips, Joachim - abwesend von 17.00 Uhr bis 17.35 Uhr (TOP 8) -

##### II. Beratende Mitglieder:

Al-Omary, Falk - ab 16.20 Uhr, TOP 6 ö. T. -  
Arndt, Dora  
Bettermann, Gerhard  
Diehl, Hans-Dieter - für AM Jung, Paul Gerhard -  
Schmidt, Volker  
Theis, Klaus Jürgen

##### III. Als Zuhörer:

IV. Von der Verwaltung:

Nicht anwesend waren:

**A. ÖFFENTLICHE SITZUNG**

**1. Bestimmung eines Ausschussmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift**

Zur Mitunterzeichnung der Niederschrift wird Herr Müller-Kurz bestimmt.

**18. VerkA 11.04.2002**

**2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom**

Zu TOP 5 vermisst Herr Wolf die gemeinschaftlich festgehaltene Forderung, die Ortsumgehung Kaan-Marienborn in den Verkehrsentwicklungsplan einzubeziehen.

Unter Berücksichtigung dieser Anmerkung wird die Niederschrift bei Stimmenthaltungen (wegen Nichtanwesenheit) genehmigt.

**18. VerkA 11.04.2002**

**3. Fragestunde**

Es liegen keine Anfragen vor.

**18. VerkA 11.04.2002**

**4. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung**

**4.1. LKW-Verkehr über die Siegener Straße in Richtung Gewerbepark Heidenberg**

Antrag der FDP-Fraktion vom 06.12.2001, Überweisung aus dem BezA VI

**Die Angelegenheit wird unter TOP 8, Unterpunkt 2, mitbehandelt.**

**18. VerkA 11.04.2002**

**5. Ausbau des Brüderweges, Bauabschnitt III/1  
- Schloßblick bis Bereich Hessische Straße -**

Vorlagennr. 1778/2002

Ergänzend zur Vorlage teilt Herr Koch mit, dass der Zuschussantrag der Bezirksregierung zwischenzeitlich zugeleitet wurde. Der Baubeginn soll unmittelbar nach Bewilligung erfolgen.

Herr Müller-Kurz macht deutlich, dass Kreiselösungen grundsätzlich Vorteile bringen. Im vorgeschlagenen Bereich des Brüderweges rät er jedoch davon ab, da die bisherige Kreuzung dem Verkehrsaufkommen ausreichend gerecht wird. Weiterhin ist, dem Verkehrsentwicklungsplan nach zu urteilen, längerfristig mit einer Reduzierung der Verkehrsbelastung im Brüderweg zu rechnen. Im Sinne einer vorausschauenden Verkehrsplanung ist der Ausbau in Form eines Kreisels nicht notwendig. Nachteile, die der Kreisel mit sich bringen würde, wären unumgängliche Baumfällungen, erhebliche Umwege für Fußgänger und höhere Kosten gegenüber der Erhaltung des status quo unter der Bedingung der Aufbringung eines neuen Straßenbelages.

### **Beschlussvorschlag:**

Der Bauausschuss des Rates der Stadt Siegen beschließt, den Brüderweg zwischen der Einmündung Schloßblick und den Bereich Einmündung Hessische Straße wie in dem der Vorlage als Anlage beigefügten Plan dargestellt auszubauen.

**Beratungsergebnis: 12 Stimmen dafür, 1 dagegen, 0 Enthaltungen**

### **6. Ausbau der Giersbergstraße K 5 von „Hohler Weg“ bis Einmündung „Batterieweg“ Vorstellung der Planung**

Vorlagenr. 1789/2002

Herr Stein erläutert die Planungen anhand einer Bildschirmpräsentation umfangreich. In die vorgestellten Planungen wurde die Anregung des Bezirksausschusses IV - Siegen-Mitte - bereits eingearbeitet, zwischen der Buswende und der Einmündung Batterieweg eine ähnliche geschwindigkeitsreduzierende Maßnahme vorzusehen, wie im Bereich des Senders. Zuzüglich kann dort eine (nicht beampelte) Querungshilfe für Fußgänger installiert werden.

Folgende Hinweise wurden in den vorberatenden Gremien ausgesprochen:

- die Möglichkeit der Andienung des Wertstoffdepots im Bereich der Buswende bei möglichst geringer Behinderung des übrigen Verkehrs ist sicherzustellen,
- auf Fahrbahnhaltestellen sollte verzichtet werden und
- die Maßnahmen Kreisel Brüderweg und Ausbau der Giersbergstraße von Hohler Weg bis Bürbacher Weg sollten nicht zeitgleich zur Ausführung gelangen.

Abhängig von der Zuschussbewilligung ist mit einem Baubeginn in diesem Jahr zu rechnen, die Bauzeit wird rd. 2 ½ Jahre dauern.

Herr Hahn bittet, die Möglichkeit der Realisation von Kreiseln erneut einer Überprüfung zu unterziehen. Er regt an, vergleichbar zu den vorgesehenen Stellplätzen oberhalb der Berleburger Straße auch unterhalb der Laaspher Straße aufgrund des

Parkdrucks Stellplätze einzurichten; der Gehweg weist auch hier eine ausreichende Breite auf. Er setzt sich dafür ein, in beide Fahrtrichtungen jeweils vor der Schule mobile Geschwindigkeitsanzeigen zu installieren, die dem Vorbeifahrenden mittels eines Displays die jeweils gefahrene Geschwindigkeit verdeutlichen. Ansonsten kann er sich den vorgestellten Planungen anschließen.

Die Andienung der Wertstoffdepots ist nicht weiter zu problematisieren, da diese in die Straße „Am Sender“ verlegt wurden.

Auch Herr Müller-Kurz votiert zugunsten einer nochmaligen Überarbeitung der Planungen zugunsten der Kreiselösungen an den Knotenpunkten der Giersbergstraße mit dem Hohler Weg und dem Bürbacher Weg. Die derzeitige Situation bezeichnet er als völlig unbefriedigend.

Herr Vogler ist der Ansicht, dass sich ein Mini-Kreisel (Durchmesser ab 13 Meter) im Einmündungsbereich Bürbacher Weg durchaus realisieren lassen müsste.

Eine Verbesserung an der Kreuzung der Giersbergstraße mit dem Hohler Weg könnte bereits durch die Anlegung eines Beipasses nach rechts in Richtung Weidenau erzielt werden.

Wenn eine Grünfläche innerhalb der Buswende angelegt werden soll, so ist das Parken in der Wende zu untersagen, um die Befahrung der Grünfläche mit Bussen zu vermeiden, so Herr Bettermann.

### **Beschlussvorschlag (mit Ergänzung):**

Der Bauausschuss des Rates der Stadt Siegen beschließt, die Giersbergstraße zwischen der Einmündung Hohler Weg und der Einmündung Batterieweg wie in den in der Sitzung präsentierten Plänen unter Berücksichtigung der in der Diskussion vorgebrachten Hinweise und Anregungen, soweit diese realisierbar sind, auszubauen.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

## **7. Ruhender Verkehr Kornmarkt**

Vorlagenr. 1825/2002

Herr Zips bittet um einen Erfahrungsbericht des Behindertenbeauftragten nach Ablauf eines Jahres, um dann eine Bewertung vornehmen zu können, ob sich die vorgeschlagene Lösung bewährt hat.

### **Beschluss:**

Der Verkehrsausschuss des Rates der Stadt Siegen stimmt der Planung und Ausführung der Parkplatzmarkierung Kornmarkt zu.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

## **8. Zusammenkunft der Arbeitskommission des Verkehrsausschusses des Rates der Stadt Siegen am 24.01.2002**

Vorlagennr. 1855/2002

Der Verkehrsausschuss berät die in der Arbeitskommission abgehandelten Tagesordnungspunkte einzeln.

---

### **Unterpunkt 1 Siegen, Brüder-Busch-Straße Änderung der Verkehrsführung im Zusammenhang mit den weiteren Kanalbauarbeiten**

◆◆◆ Der Verkehrsausschuss nimmt Kenntnis.

---

### **Unterpunkt 2 Siegen-Gosenbach, Siegener Straße Ausdünnung des LKW-Verkehrs in Hinblick auf den Gewerbepark Heidenberg**

Herr Walter erläutert den Antrag der FDP-Fraktion vom 06.12.2001. Dem Votum der Arbeitskommission kann er nicht zustimmen. Er prophezeit, dass sich LKW-Fahrer aufgrund der schwierigen Verkehrssituation in Niederschelden (Schranke, Lichtsignalanlagen) aller Voraussicht nach nicht an die vorgeschlagene wegweisende Beschilderung zum Gewerbegebiet Heidenberg halten würden. Zu berücksichtigen ist auch zu erwartender zusätzlicher LKW-Verkehr durch die Ansiedlung des Möbelhauses IKEA. Weiterhin spricht die Parksituation an der ohnehin teilweise stark eingengten Siegener Straße gegen eine Befahrung mit LKW's. Insbesondere im Winter wird der gesamte Verkehr in Gosenbach lahmgelegt, wenn ein LKW glatteisbedingt die Siegener Straße versperrt. Gefahrguttransporte sind unbedingt zu verhindern.

Herr Jacob bittet um Bezifferung, wie viele LKW's täglich die Siegener Straße frequentieren. Außerdem möchte er wissen, welches Ergebnis das Abstimmungsgespräch mit der zuständigen Behörde in Koblenz bezüglich der Aufstellung von Schildern auf rheinland-pfälzischem Territorium (vgl. 2. Abs. des Protokolles der Arbeitskommission) hatte. Den Antrag der FDP-Fraktion unterstreicht er nachhaltig. Die Vollsperrung, die vor Jahren einmal eingerichtet war, hatte sich seines Erachtens als sinnvolle Lösung bewährt.

Herr Hahn zeigt auf, dass sich die Arbeitskommission sehr intensiv mit der Thematik beschäftigt hat und tritt dafür ein, dem von der Arbeitskommission unterbreiteten Vorschlag zu folgen. Eine totale Sperrung für LKW's hätte zur Folge, dass auch Versorgungs-, wie z. B. Heizölfahrzeuge, die Siegener Straße nicht mehr passieren könnten.

**Beschluss (auf Antrag der FDP-Fraktion):**

Der Verkehrsausschuss des Rates der Stadt Siegen beschließt, die Siegener Straße ab dem Tag der Freigabe des Anschlusses Heidenberg an die Autobahn für den LKW-Verkehr ab 7,5 Tonnen zu sperren.

**Beratungsergebnis: 6 Stimmen dafür, 1 dagegen, 6 Enthaltungen**

---

**Unterpunkt 3   Siegen, Am Ginsterhang  
Maßnahmen zur Ordnung des ruhenden Verkehrs**

**Beschluss:**

Der Verkehrsausschuss des Rates der Stadt Siegen schließt sich dem Votum der Arbeitskommission an.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

---

**Unterpunkt 4   Siegen-Weidenau, Weidenauer Str. - Zufahrt OBI / W. Schneider**

Herr Müller-Kurz bezieht sich auf die Ergänzung zu Punkt 4 des Protokolles. Er wünscht eine Begründung dafür, warum sich die Arbeitskommission im Fall der Bismarckstraße, aus Richtung Poststraße kommend, gegen das Zulassen von Linksabbiegen im Bereich der alten Zufahrt der Fa. Achenbach (jetzt Göttert) ausgesprochen hat.

Herr Schlenther führt aus, dass wegen der drei im dortigen Bereich befindlichen Fahrspuren bisher das Linksabbiegen nicht zugelassen werden konnte. Im Rahmen der Überlegungen zur Neuerschließung des Parkhauses Weidenau wird der Gedanke aufgegriffen und unter Einbeziehung der Polizei auf seine Realisationsmöglichkeit hin untersucht.

**Beschluss:**

Der Verkehrsausschuss des Rates der Stadt Siegen schließt sich dem Votum der Arbeitskommission zu Punkt 4 des Protokolles an.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 1 Enthaltung (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN)**

---

**Unterpunkt 5   Siegen-Weidenau, Glück-Auf-Straße  
Einrichtung einer weiteren Parkverbotszone**

**Beschluss:**

Der Verkehrsausschuss des Rates der Stadt Siegen schließt sich dem Votum der Arbeitskommission an.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

---

**Unterpunkt 6   Siegen-Geisweid, Marktstraße  
Ausweitung der Tempo-30-Zone zwischen dem Bereich Rijns-  
burger Straße und Marktstraße**

**Beschluss:**

Der Verkehrsausschuss des Rates der Stadt Siegen schließt sich dem Votum der Arbeitskommission an.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

---

**Unterpunkt 7   Siegen-Geisweid, Ludwig-Kenter-Straße  
Parkdruck durch das Berufsbildungszentrum pp.**

**Beschluss:**

Der Verkehrsausschuss des Rates der Stadt Siegen schließt sich dem Votum der Arbeitskommission an.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 1 Enthaltung (SPD)**

---

**Unterpunkt 8   Siegen, Brüder-Busch-Straße**

Herr Vogler weist darauf hin, dass durch den aufgeblähten Fahrradstreifen der ausfahrende Fahrzeugverkehr aus der Brüder-Busch-Straße behindert wird.

Herr Schlenther schlägt vor, eine Entscheidung zurückzustellen, da sich die Verkehrsströme nach Beendigung der Kanalbauarbeiten (s. Unterpunkt 1) gegenüber der heutigen Situation ohnehin wieder ändern werden. Als Entscheidungsgrundlage wird nach Abschluss der o. g. Arbeiten ein Erfahrungsbericht bezüglich des sich dann darstellenden Verkehrsflusses vorgelegt.

Herr Al-Omary beantragt die komplette Entfernung des Fahrradstreifens.

Der aufgeblähte Fahrradstreifen dient der Sicherheit der Radfahrer, so Herr Müller-Kurz.

- ◆◆◆ Der Verkehrsausschuss stellt eine Entscheidung zur Ausgestaltung der Radwegführung zurück, bis anhand eines nach Beendigung der Kanalbauarbeiten zu fertigenden Erfahrungsberichtes Aussagen zu den sich dann darstellenden Verkehrsströmen getätigt werden können.
-

**Unterpunkt 9 Siegen, Hindenburgstraße - Haltverbote****Beschluss:**

Der Verkehrsausschuss des Rates der Stadt Siegen schließt sich dem Votum der Arbeitskommission an.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

---

**Unterpunkt 10 Siegen-Niederschelden, Siegtalstraße**

Herr Schlenther führt aus, dass derzeit eine Generaluntersuchung durch den Bauhof durchgeführt wird. Hierin werden sämtliche vor ca. 10 Jahren ursprünglich provisorisch angelegten Querungshilfen (nach Art der Querungshilfe im Einmündungsbereich Im Drottental) einer Überprüfung unterzogen. Im Anschluss wird eine Vorlage präsentiert, die mittelfristig das Ersetzen der Querungshilfen durch Zebrastreifen zum Ziel hat.

**Beschluss:**

Der Verkehrsausschuss des Rates der Stadt Siegen schließt sich dem Votum der Arbeitskommission an.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

---

**Unterpunkt 11 Siegen-Gosenbach, Am Stein**

Insbesondere bei schwierigen Witterungsverhältnissen im Winter ist die Befahrung des Teilstückes der Siegener Straße nicht ungefährlich, so Herr Jacob. Entgegen des Votums der Arbeitskommission sollte den Anliegern des Bereichs „Am Stein“ bzw. „Auf der Alm“ die Möglichkeit gegeben werden, den Land- und Forstwirtschaftsweg zu nutzen, um das gefährlichere Befahren des Teilstückes der Siegener Straße zu umgehen.

Bezug nehmend auf die Ergänzung zu Punkt 11 des Protokolles führt er aus, dass die Stadt Siegen seines Wissens im Besitz eines Teilstückes der Wiese im Einmündungsbereich Siegener Straße / Am Stein ist. Auf diesem Gelände könnte ein Ausbau erfolgen, um den Bussen ein Linksabbiegen aus der Straße Am Stein in die Siegener Straße zu ermöglichen.

Auf Frage von Herrn Vogler führt Herr Schlenther aus, dass bezüglich der bedarfsgerechten Herrichtung der talseitigen Bushaltestelle Siegener Straße / Kreuzberg / Schrenker Feld (Bezug: 15. VerkA 03.12.2001, TOP 6) Verhandlungen mit dem THW geführt wurden. Diese hatten zum Ergebnis, dass sich das THW nicht in der Lage sieht, Maßnahmen an der Haltestelle durchzuführen. Sie wird nunmehr in das städtische Haltestellenprogramm mit dem Ziel der Abarbeitung in 2003 aufgenommen.



Herr Jacob missbilligt die Verzögerung ausdrücklich. Er fordert eine Prüfung, ob die zum Schutz der Nutzer der Haltestelle (insbesondere der Schulkinder) dringend notwendige Herrichtung in einem Zug mit den derzeitigen Kanalbauarbeiten durchgeführt werden kann und wie die kurzfristige Bereitstellung der hierfür erforderlichen Finanzmittel (z. B. Einsparungen bei anderen Maßnahmen) sichergestellt werden kann.

**Beschluss:**

Der Verkehrsausschuss des Rates der Stadt Siegen schließt sich dem Votum der Arbeitskommission an.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

---

**Unterpunkt 12 Siegen, Tiergartenstraße**

Herr Müller-Kurz führt aus, dass eine ausreichende Breite für Fußgänger nicht verbleibt, wenn Gehwegparken in dem betreffenden Bereich zugelassen wird. Da der Gehweg auf der gegenüberliegenden Seite bereits beparkt wird, warnt er davor, den Fußgängern weiteren Raum zu nehmen. Seines Erachtens würde bereits eine Anwohnerparkregelung für die bereits existierenden Parkflächen erhebliche Verbesserungen zur Folge haben.

**Beschluss:**

Der Verkehrsausschuss des Rates der Stadt Siegen schließt sich dem Votum der Arbeitskommission an.

**Beratungsergebnis: 11 Stimmen dafür, 1 dagegen (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN), 1 Enthaltung (SPD)**

---

**Unterpunkt 13 Siegen, Weidenauer Straße / Samuel-Frank-Straße****Beschluss:**

Der Verkehrsausschuss des Rates der Stadt Siegen schließt sich dem Votum der Arbeitskommission an.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

---

- ◆◆◆ Der Verkehrsausschuss des Rates der Stadt Siegen stimmt den Empfehlungen der Arbeitskommission des Verkehrsausschusses des Rates der Stadt Siegen unter Berücksichtigung vorstehender Änderungen / Anmerkungen zu.

**9. Betrieb der Zentraldeponie des Kreises Siegen-Wittgenstein (Fludersbach)**  
**- Verkehrliche Auswirkungen -**

Vorlagennr. 1843/2002

Herr Trippe gibt einen Sachstandsbericht aus Sicht des Kreises Siegen-Wittgenstein, wobei er insbesondere darauf aufmerksam macht, dass sich der Umweltausschuss des Kreises Siegen Wittgenstein am 16.04.2002 im Rahmen einer Sondersitzung anhand einer umfangreichen Vorlage mit der Thematik befasst.

Insbesondere stellt er das Verkehrsaufkommen in der Straße Fludersbach mit dem Ziel Zentraldeponie / Sortieranlage differenziert nach Fahrzeugarten dar.

Vordringlich sind Fahrbahnmängel in der Straße Fludersbach zu beseitigen, um die Lärm- und Verkehrsbelastung der Anwohner zu reduzieren. Auf die Einhaltung verkehrslenkender / -ordnender Maßnahmen im dortigen Bereich ist zu achten.

Nach einer endgültigen Lösung mit dem Ziel eines nachhaltigen Lärm- und Verkehrsentslastungseffektes ist (vor dem Hintergrund praktischer Umsetzbarkeit, Umweltverträglichkeit, Genehmigungsfähigkeit und einer im Sinne der Abfallgebühren zu sehenden Wirtschaftlichkeitsuntersuchung) zu forschen.

In diesem Zusammenhang ist der Bau einer alternativen Deponiezufahrt zu überdenken. Weiter sollte überlegt werden, ob eine Auslagerung betrieblicher Teilbereiche mit hohem spezifischem Verkehrsaufkommen in Frage kommt.

Sicherzustellen ist, dass die Verkehrsprobleme nicht lediglich verlagert werden. Eine sinnvolle Ergänzung des Abfallwirtschaftskonzeptes sollte erreicht werden.

Herr Hahn ist erfreut, dass die Stadt Siegen durch den Ausbau der Straße Fludersbach ihre Möglichkeiten nutzt, die Lärmbelastung der Anwohner zu reduzieren. Weitere Konsequenzen bezüglich der Verkehrsbeziehungen müssen aber folgen: im Falle einer Verlagerung kann nur eine kreisweite Lösung in Verbindung mit übergeordneten Straßen in Betracht kommen. Alternative Zuwegungen über die B 54 (Eremitage) oder die „Faule Birke“ (Autobahnzubringer) bezeichnet er als Scheinlösungen, da die Schaffung des entsprechenden Baurechtes einen zu langen Zeitraum in Anspruch nähme.

Bei sämtlichen weiteren Überlegungen sind nicht nur die verkehrlichen Belastungen im unmittelbaren Bereich der Straße Fludersbach zu sehen, sondern auch diejenigen der weiteren betroffenen Teile des innerstädtischen Straßennetzes, insbesondere der Verkehrsknotenpunkte Schleifmühlchen und Kochs Ecke, so Herr Vogler.

◆◆◆ Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**18. VerkA 11.04.2002**

**10. Verkehrsführung in der Hüttenstraße, Siegen-Geisweid**

Vorlagennr. 1846/2002

Herr Sondermann führt aus, dass seit Erstellung der Vorlage weitere Schreiben von Gewerbetreibenden (tlw. unter Hinzuziehung von Rechtsbeiständen) bzw. von Anliegern der Hohe Straße eingegangen sind, die sich gegen die momentane Regelung aussprechen. Als Begründung werden Umsatzeinbußen bzw. Verkehrsverlagerungen von der Hüttenstraße in die Hohe Straße angeführt. Ein Teil der Anwohner der Hüttenstraße verwendet sich massiv für die Beibehaltung der jetzigen Verkehrsführung, ein anderer Teil beklagt sich über in Kauf zu nehmende Umwege.

Eine Entscheidung ist unter Würdigung aller verkehrlichen Belange und Vorgaben der Straßenverkehrsordnung (StVO) zu treffen. Zu berücksichtigen ist die Qualifizierung der Hüttenstraße als Sammel- / Durchgangsstraße im Gegensatz zu der der Hohe Straße als reine Anliegerstraße. Der Bereich Hüttenstraße ist zudem kein reines Wohngebiet, sondern Misch-, Kern- und teilweise Gewerbe- / Industriegebiet. Durch die Parksituation und die Tempo-30-Regelung in der Hüttenstraße und durch die Herausnahme des LKW-Verkehrs sind bereits erhebliche Verbesserungen gegenüber der ursprünglichen Situation eingetreten.

Aus ihrer Befugnis aus § 45 StVO heraus hat die Straßenverkehrsbehörde bisher alle notwendigen / erforderlichen Maßnahmen in die Wege geleitet. Die jetzige Abriegelung geht über das Ziel hinaus und ist straßenverkehrsrechtlich nicht zu vertreten.

Herr Hahn verdeutlicht, dass die Rechtslage den Ausschussmitgliedern keinen Entscheidungsspielraum offenlässt. Es besteht keine andere Möglichkeit, als dem Beschlussvorschlag zu folgen. Weitere Verkehrssicherungsmaßnahmen in der Hüttenstraße sind jedoch durchzuführen. Die Situation muss unter Beobachtung gehalten werden.

Die SPD-Fraktion wird dem Beschlussvorschlag ebenfalls zustimmen, so Herr Wolf. Gewünscht wird die Beibehaltung der Gewichts- und Geschwindigkeitsbeschränkung und das weitere Ausweisen versetzter Parkbuchten.

Herr Zips möchte die Interessen der Anwohner der Hüttenstraße und insbesondere die aus der Lage der Grundschule resultierenden verkehrlichen Erforderlichkeiten angemessen berücksichtigt wissen. Zu klären ist, wie viele Gewerbebetriebe sich tatsächlich in dem betroffenen Bereich befinden.

Auch Herr Al-Omary sieht keine andere Möglichkeit, als der Vorlage zuzustimmen. Er fordert die Verwaltung aber auf, sämtliche denkbaren Verkehrsberuhigungsmaßnahmen im Fall der Hüttenstraße einer Überprüfung zu unterziehen.

Die von vielen Anwohnern der Hüttenstraße vorgetragenen Bedenken dürfen nicht völlig in Vergessenheit geraten, meint Herr Plate. Die rechtliche Situation will er zwar nicht verkennen, aber dennoch ist er der Auffassung, dass etwas durchgesetzt werden kann, wenn der Wille dazu vorhanden ist. Durch die jetzige Regelung wurde erreicht, dass ordnungsgemäß geparkt und vernünftig gefahren wird.

Das Bedürfnis zahlreicher Anwohner nach weniger Verkehr und somit mehr Sicherheit in der Hüttenstraße ist nach Auffassung von Herrn Müller-Kurz höher zu werten, als das Bestreben der Gewerbetreibenden, dass Kunden und Zulieferer die Betriebsstätten möglichst ohne Umweg anfahren können. Zu überprüfen ist, ob das Gebiet Hüttenstraße aufgrund der tatsächlichen Gegebenheiten nicht doch eher als Wohn-

gebiet denn als Mischgebiet zu betrachten ist.

Auf Frage von Herrn Heupel antwortet Herr Schlenther, dass eine andere straßenverkehrsbehördliche Bewertung (als in der Vorlage dargestellt) nur dann vorgenommen werden könnte, wenn der Charakter der Hüttenstraße durch ein Bebauungsplanverfahren geändert würde. Mit welchem Ergebnis und wann ein solches Verfahren beendet wäre, ist spekulativ.

Aufgrund der zu beobachtenden verkehrlichen Entwicklungen wird aus polizeilicher Sicht die Auffassung der Verwaltung geteilt, so Herr Schmidt.

**Beschluss (mit Erweiterung):**

Der Verkehrsausschuss des Rates der Stadt Siegen stimmt den Ausführungen der Straßenverkehrsbehörde zu und ist mit der Rücknahme der vollzogenen straßenverkehrsbehördlichen Anordnung zur Abriegelung der Hüttenstraße von der Sohlbacher Straße her einverstanden.

Die Verwaltung wird aufgefordert, sämtliche denkbaren Verkehrsberuhigungsmaßnahmen im Fall der Hüttenstraße einer Überprüfung zu unterziehen und kurzfristig einen Bericht über die Ergebnisse abzugeben.

Beratungsergebnis: 11 Stimmen dafür, 1 dagegen, 1 Enthaltungen

## VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 4  
Fachbereich 9/2  
Bearbeitet von: Herrn Sänger

Datum  
05.03.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

<b>Bezirksausschuss III - Ost</b>	<b>10.04.2002</b>
<b>Verkehrsausschuss</b>	<b>11.04.2002</b>
<b>Bauausschuss</b>	<b>15.04.2002</b>

Betreff:

### **Ausbau des Brüderweges, Bauabschnitt III/1 - Schloßblick bis Bereich Hessische Straße -**

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Bauausschuss des Rates der Stadt Siegen beschließt, den Brüderweg zwischen der Einmündung Schloßblick und den Bereich Einmündung Hessische Straße wie in dem als Anlage beigefügten Plan dargestellt auszubauen.

#### **Sachverhalt / Begründung:**

Der o. g. Ausbauabschnitt ist Bestandteil des Zuschussantrages Brüderweg aus 1990. Der Antrag erfasst den gesamten Bereich von der Hauptstraße bis zur Hainer Hütte, einschließlich Oststraße. Die Ausbaustrecke wurde wie folgt untergliedert:

- |                  |   |
|------------------|---|
| Bauabschnitt IA  | Einmündung Oststraße bis Hainer Hütte, zweispurig         |
| Bauabschnitt IB  | Oststraße in Richtung Marienborner Straße, einspurig      |
| Bauabschnitt II  | Bereich Einmündung Hessische Str. bis Oststr. , einspurig |
| Bauabschnitt III | Hauptstraße bis Bereich Einmündung Hessische Straße       |

In 1998 wurde dieser Antrag hinsichtlich der Kosten und der Entwurfsplanung in dem Abschnitt II, aktualisiert. Inzwischen ist der Ausbau der Straßenabschnitte I und II abgeschlossen.

Wegen der geänderten verkehrlichen Erfordernisse war es erforderlich, die Planung für den Abschnitt III teilweise zu ändern. Es betrifft im Wesentlichen die Knotenpunktbereiche Einmündung Hauptstraße und Hessische Straße.

Im Zusammenhang mit dieser Planänderung und im Hinblick auf eine sofortige Realisierbarkeit wurde der bisherige Abschnitt III aufgeteilt in den

Bauabschnitt III/1	Schloßblick bis Hessische Straße
Bauabschnitt III/2	Hauptstraße bis Schloßblick

### **Bauabschnitt III/1**

Zwischen der Einmündung Schloßblick und Hessische Straße soll die Straße ohne Veränderungen des Querschnittes erneuert werden. Die Straße ist dort 6,00 m breit. Die Breite der beidseitig vorhandenen Gehwege beträgt im Mittel ca. 2,00 m. In diesem Abschnitt sind ca. 130,00 m der bergseitigen Stützmauern aus Bruchsteinen - an gleicher Stelle - zu erneuern/sanieren. Im Zusammenhang mit den Arbeiten an den Mauern sollen die Eigentumsverhältnisse bereinigt werden. Für den Bau der Mauern sind noch bis zu ca. 50 qm Grundstücksflächen zu erwerben.

Im Bereich der Hessischen Straße treffen 5 Straßen zusammen. Die dort einmündenden Straßen sind wichtige Verbindungsstraßen

- zum Wohngebiet Giersberg/Giersbergstr./Hohler Weg : Südstraße,
- nach Bürbach : Siemensstraße,
- zur Marienborner Straße (Weißtal/Innenstadt) : Hessische Straße,

die erhalten werden müssen. Die z. Zt. vorhandene Knotenpunktsituation ist unbefriedigend. Um die Verknüpfung neu zu ordnen, ist der Bau eines Kreisels vorgesehen, (D = 28,00 m). Hierzu müssen ca. 21 qm Grundstücksflächen erworben werden. Die Eigentümerin hat ihre Bereitschaft zum Verkauf der Fläche bekundet.

Durch die Baumaßnahme sind einige der im Bauabschnitt vorhandenen Straßenbäume betroffen. Beim Ausbau der Straße wird versucht, durch eine schonende Bauweise, möglichst viele Bäume zu erhalten. Nach dem z. Zt. vorliegenden Erkenntnisstand müssen 8 Bäume gefällt werden, 5 Bäume sind als lagetechnisch kritisch anzusehen und 21 Bäume sollen erhalten werden. Als Ersatz für die zu fällenden Bäume können im Straßenraum 7 neue Standorte für Neupflanzungen nachgewiesen werden. Weitere Ersatzbäume, deren Anzahl sich erst beim Straßenausbau herausstellt, sollen wieder im Straßenraum - mit etwas veränderten Standorten - angepflanzt werden. Soweit die Pflanzungen im Straßenraum nicht vollzogen werden können, sollen die Ersatzpflanzungen an anderer Stelle im Stadtgebiet vorgenommen werden. Der Baumkommission wurde ein entsprechender Plan mit Kennzeichnung der v. g. Bäume am 14.12.2001 vorgestellt. Der Plan wurde von der Kommission zur Kenntnis genommen.

Der Vorentwurf für den o. g. Straßenabschnitt wurde dem Bauausschuss am 26.03.2001 zur Kenntnisnahme vorgestellt.

Die Entwurfsplanung ist inzwischen abgeschlossen und Grundlage für einen Zuschussänderungsantrag. Dieser befindet sich zur Prüfung bei der Bezirksregierung Arnsberg.

Die Ausschreibungsunterlagen werden z. Zt. erstellt. Die Vergabe kann kurzfristig erfolgen. Die Höhe der Baukosten betragen lt. Kostenberechnung 1,587 Mio. €

**Bauabschnitt III/2**

Die Situation im Bereich des Abschnittes III/2 Hauptstraße bis Schloßblick wird, wegen der spitzwinkligen Einmündung des Brüderweges, der auf 5,00 m eingeeengten Fahrbahn und dem eingeeengten bergseitigen Gehweg, den heutigen Verkehrsverhältnissen nicht gerecht. Um diese Situation zu verbessern, sieht die Planung bisher eine Aufweitung der Straße auf 6,00 m und beidseitig 2,25 m breite Gehwege vor. Die Planung greift damit erheblich in die bergseits vorhandene Böschungsfläche mit altem Baumbestand ein und macht den Bau einer 85,00 m langen, i. M. 2,50 m hohen Stützmauer erforderlich.

Für den Abschnitt III/2 wurden Alternativen entwickelt, die ab Einmündung Schloßblick ein Verschwenken der Straße in Richtung Hauptstraße vorsehen. Bei diesen Lösungsansätzen - die sich verkehrstechnisch günstiger darstellen - ist der Abbruch von 1 bzw. 2 Gebäuden erforderlich.

Alle aufgezeigten Lösungen erfordern für die Realisierung den Erwerb von zusätzlichen Grundstücksflächen.

Die Planung des Abschnittes III/2 - Anbindung an die Hauptstraße-, wird nach abschließender Bewertung und Wichtung der Planvarianten, dem Ausschuss zur Beschlussfassung vorgelegt.

Finanzielle Auswirkungen

☒ ja

☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
1,754 Mio. €	0,079 Mio. €	0,262 Mio.	0,230 Mio. €	<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input checked="" type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle 1.651.9503.5
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	---------------------------------

Im Auftrag

Schul

Anlagen: Lageplan

## **VERWALTUNGSVORLAGE**

Geschäftsbereich 4  
Fachbereich 9/2  
Bearbeitet von: Herrn Koch

Datum  
06.03.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

<b>Bezirksausschuss IV - Mitte</b>	<b>08.04.2002</b>
<b>Bezirksausschuss III - Ost</b>	<b>10.04.2002</b>
<b>Verkehrsausschuss</b>	<b>11.04.2002</b>
<b>Bauausschuss</b>	<b>15.04.2002</b>

Betreff:

**Ausbau der Giersbergstraße K 5 von "Hohler Weg" bis Einmündung "Batterieweg"**  
**Vorstellung der Planung**

### **Beschlussvorschlag:**

Der Bauausschuss des Rates der Stadt Siegen beschließt, die Giersbergstraße zwischen der Einmündung Hohler Weg und der Einmündung Batterieweg wie in den beige-fügten Plänen auszubauen.

### **Sachverhalt / Begründung:**

Die Giersbergstraße soll zwischen der Einmündung „Hohler Weg“ und der Einmündung „Batterieweg“ ausgebaut werden.

Der Zustand der Giersbergstraße ist im gesamten Planungsbereich als schlecht zu bezeichnen. Es sind im kompletten Abschnitt erhebliche Schadensbilder wie Rissbildung, Aufbrüche und Setzungen aufgetreten.

Die Planung ist zwischenzeitlich abgeschlossen und soll Grundlage für den bei der Bezirksregierung Arnsberg vorzulegenden Zuschussantrag sein.

Aufgrund der vorhandenen örtlichen Situation ist eine Umtrassierung des Baukörpers nicht möglich, jedoch ist der vorhandene Querschnitt ausreichend und läßt planerische Verbesserungen zu.



Folgender Querschnitt ist geplant:

i. M. 2,25 [m] Gehweg;      6,50 [m] Fahrbahn;      i. M. 2,25 [m] Gehweg.

Siehe auch gesonderte Anlage.

### Kreuzungen

Im Bereich der Kreuzung Hohler Weg wird die vorhandene provisorische Abbiegespur (Rechtsabbieger) verbessert.

Im Kreuzungsbereich Giersbergstraße / Bürbacher Weg ist aus Gründen der Verkehrssicherheit eine großflächige Umplanung vorgenommen worden. Hierbei wurden insbesondere die Belange der Fußgänger wie auch des ÖPNV berücksichtigt.

### Einmündungen

Alle anderen Einmündungen wurden im Zuge der Gesamtplanung verkehrsgerecht angebunden.

### ÖPNV:

Im Zuge des Ausbaus werden die baulichen Anlagen des ÖPNV überplant und erneuert.

### Versorgungsträger

Sämtliche Versorgungsträger wurden im Vorfeld frühzeitig benachrichtigt. Folgende Versorgungsträger werden im Zuge des Ausbaus ebenfalls baulich tätig werden:

ESi	=	}	siehe gesonderte Anlage
SVB	=		
RWE	=		

### Ingenieurbauwerke

Innerhalb des o. g. Ausbauabschnittes befindet sich im Bereich der Giersbergschule Am Sender eine Unterführung mit einer bergseitigen Treppenanlage und einer talseitigen Stützmauer. Die Treppenanlage ist abgängig und muss erneuert werden.

Die Unterführung weist großflächige Betonabplatzungen auf, die auf eine defekte Abdichtung schließen lassen. Um die Dauerhaftigkeit des Bauwerkes wiederherzustellen, soll das Bauwerk allseitig eine neue Abdichtung erhalten und die Betonabplatzungen sollen saniert werden.

Die talseitige Stützmauer soll ein neues Gesims erhalten.

### Kosten

Die Gesamtkosten des Bauwerkes belaufen sich nach Kostenschätzung auf

ca. 2,10 Mio €	Baukosten
ca. 0,065 Mio €	<u>Planungskosten</u>
ca. 2,165 Mio. €	

### Kostenträger:

Land	~ 1.461.000 € (75 %)
Stadt	~ 487.000 €

KAG	~ 217.000 €
Summe	2.165.000 €

Weiteres Verfahren:

Pläne (Verkleinerungen beigelegt) werden in der Sitzung vorgestellt und erläutert.

Die Maßnahme ist im Investitionsprogramm 2001 - 2005 mit Gesamtkosten in Höhe von ~ 2.080.000,-- € veranschlagt, incl. der Haushaltsreste aus 2001 in Höhe von ~ 300.000,-- €

Bei den o. g. Kosten handelt es sich um eine Kostenschätzung. Sollte der gesamte Betrag im Rahmen der öffentlichen Ausschreibung realisiert werden, wird mit einer gesonderten Vorlage die Finanzierung dargestellt. Aufgrund der günstigen wirtschaftlichen Situation für Auftraggeber besteht jedoch die Hoffnung, dass das Ausschreibungsergebnis sich im Rahmen der bereitgestellten Haushaltsmittel bewegen wird.

Finanzielle Auswirkungen

☒ ja

☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
2,165 Mio. €	ca. 5 %	25 %	75 %	<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input checked="" type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle 1.650.9515.4
--	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	---------------------------------

Im Auftrag

Schul

Anlagen: Pläne

## **VERWALTUNGSVORLAGE**

Geschäftsbereich 4  
Fachbereich 9/2  
Bearbeitet von: Herrn Kölsch

Datum  
22.03.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

<b>Bezirksausschuss IV - Mitte</b>	<b>08.04.2002</b>
<b>Verkehrsausschuss</b>	<b>11.04.2002</b>
<b>Bauausschuss</b>	<b>15.04.2002</b>

Betreff:

### **Ruhender Verkehr Kornmarkt**

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Verkehrsausschuss des Rates der Stadt Siegen stimmt der Planung und Ausführung der Parkplatzmarkierung Kornmarkt zu.

#### **Sachverhalt / Begründung:**

Auf Anfrage des Multiples-Sklerose-Kreises (MS) an die Behindertenbeauftragte bittet diese darum, entsprechend der tatsächlichen Nutzungsnachfrage die 2 vorhandenen Behindertenparkplätze aus dem hinteren Bereich des Rathauses Siegen vor die bestehende Parkscheibenzone Kornmarkt, in Höhe der Bäckerei Harr, zu verlegen.

Nach Klärung mit den Beteiligten schlägt die Verwaltung folgende Lösung vor:

Die vorhandene Parkscheibenzone bleibt in der jetzigen Lage und von der Anzahl der Pkw's her erhalten, und zwar zwischen den beiden bestehenden Lichtmasten. Von den zwei neuen Behindertenplätzen wird jeweils einer zu Beginn und einer am Ende der Parkscheibenzone angeordnet.

#### **Hierdurch wird die Parkscheibenzone optisch begrenzt.**

Durch Andeutung der Ecken mittels Markierung und Aufbringung eines Piktogramms werden die Behindertenplätze gekennzeichnet.

Entgegen des Beschlusses des Bauausschusses vom 24.01.2000, wonach die Stellplätze der Parkscheibenzone markiert werden sollten, kann nunmehr aufgrund der neuen Situation darauf verzichtet werden.

Die erforderliche Montage der Verkehrszeichen erfolgt an den vorhandenen Lichtmasten, die auch schon die Schilder der Parkscheibenzone aufnehmen.

Ein Lageplan wird in der Sitzung erläutert und ist als Verkleinerung der Vorlage beige-fügt.

Finanzielle Auswirkungen

☒ ja

☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
2.500,00 €		2.500,00 €		<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input checked="" type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input checked="" type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle 1.631.9555.0
--	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	---------------------------------

Im Auftrag

Schul

Anlagen: Lageplan

## **VERWALTUNGSVORLAGE**

Geschäftsbereich 4  
Fachbereich 9/1  
Bearbeitet von: Frau Mockenhaupt

Datum  
19.02.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

---

**Verkehrsausschuss**

**11.04.2002**

---

Betreff:

**Zusammenkunft der Arbeitskommission des Verkehrsausschusses des Rates der Stadt Siegen am 24.01.2002**

---

**Beschlussvorschlag:**

Der Verkehrsausschuss des Rates der Stadt Siegen stimmt den Empfehlungen der Arbeitskommission zu.

**Sachverhalt / Begründung:**

Die Arbeitskommission hat am 24.01.2002 verschiedene verkehrliche Maßnahmen im Stadtgebiet beraten und entsprechende Vorschläge und Empfehlungen ausgesprochen.

Die Ergebnisse sind in der beigefügten Niederschrift zusammengefasst und werden dem Verkehrsausschuss zur Einzelberatung und Entscheidung vorgelegt.

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input checked="" type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

Im Auftrag

Schul

Anlagen: 1

Der Bürgermeister  
Fachbereich 9/1.3

Siegen, 25.01.2002

## **N I E D E R S C H R I F T**

**Über die 6. Sitzung der Arbeitskommission des Verkehrsausschusses des Rates der Stadt Siegen am 24.01.2002**

**Beginn: 14.00 Uhr**  
**Ende: 16.30 Uhr**

**Teilnehmer:**

**I. Von der Arbeitskommission:**

1. Stv Elter – als Vorsitzender -
2. Stv Al Omary
3. Stv Hahn
4. Stv Plate
5. Stv Vogler
6. Stv Zips

**II. als beratende Mitglieder der Arbeitskommission:**

7. Herr Schmidt, Kreispolizeibehörde Siegen
8. Herr Michel, Polizeiinspektion Siegen
9. Herr Meiswinkel, VWS AG
10. Herr Scholze, Verkehrswacht Siegerland e. V.

**III. Von der Verwaltung:**

11. Herr Benner, FB 9/1.3
12. Frau Mockenhaupt, FB 9/1.3

Nicht anwesend ist das Kommissionsmitglied Müller-Kurz (entschuldigt).

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird diese um folgende Punkte erweitert:

- Tiergartenstraße
- Weidenauer Straße/ Samuel- Frank- Straße

Zunächst informiert Herr Benner die Kommissionsmitglieder über ein Gespräch in Sachen Hüttenstraße mit dem Kreis Siegen- Wittgenstein. Aufgrund der vorliegenden formellen Widersprüche gegen die vorgenommene Beschilderung soll das formelle Widerspruchsverfahren eingeleitet werden. Aus dem Gespräch sei jedoch bereits die Tendenz erkennbar gewesen, daß die derzeitige Beschilderung so nicht belassen werden könne.

Die Arbeitskommission nimmt Kenntnis.

Sodann wird die Tagesordnung wie folgt erledigt:

### **Tagesordnung:**

#### **1. Siegen, Brüder- Busch- Straße**

##### **Änderung der Verkehrsführung im Zusammenhang mit den weiteren Kanalbauarbeiten**

Der letzte Bauabschnitt der Kanalbaumaßnahme vom Herrengarten bis zur Fürst- Johann- Moritz- Straße hat begonnen. Die Maßnahme hat folgende verkehrliche Auswirkungen:

Aus Richtung Hindenburgbrücke und Heeserstraße kann die Siegplatte und der Herrengarten nicht angefahren werden. Die Verkehrsführung läuft für die Dauer der Baumaßnahme über die Hindenburgstraße – Fürst- Johann- Moritz- Straße – Herrengarten auf die Siegplatte. Abgefahren werden kann von der Siegplatte weiterhin von rechts. Die Andienung der Fußgängerzone Bahnhofstraße/ Fürst- Johann- Moritz- Straße erfolgt wie seinerzeit bereits geschehen über die Fußgängerzone Brüder- Busch- Straße – Bahnhofstraße – Kölner Tor/ Koblenzer Straße.

Nach Abschluß der Baumaßnahme erfolgt wieder die ursprüngliche Verkehrslenkung.

Die Arbeitskommission nimmt Kenntnis.

#### **2. Siegen- Gosenbach, Siegener Straße**

##### **Ausdünnung des Lkw- Verkehrs im Hinblick auf den Gewerbepark Heidenberg**

Im Bezirksausschuß VI wurde beantragt im Hinblick auf das Gewerbegebiet Heidenberg die Siegener Straße tonnagemäßig für Fahrzeuge über 7,5 t zu sperren. Der Antrag ist nachvollziehbar und ist ähnlich zu werten wie seinerzeit der Hubertusweg.

Es ist nicht nur die Beschilderung auf der Siegener Straße erforderlich, sondern es sind Vorhinweise erforderlich aus Richtung Süden bereits auf der Siegtalstraße/ Adolfstraße und aus der anderen Richtung in Höhe des Seelbacher Weihers Richtung Oberschelden. Bezüglich der Schilder auf Gebiet Rheinland- Pfalz erfolgt bis zur Verkehrsausschußsitzung die Abstimmung mit der zuständigen Behörde in Koblenz.



Wichtiger als eine tonnagemäßige Beschränkung ist jedoch eine sinnvolle Wegweisung zum Gewerbegebiet Heidenberg, die sich ausschließlich über die B 62 bzw. L 562/ HTS abwickeln sollte, damit die Wohngebiete nicht belastet werden.

Die Verwaltung schlägt daher vor, zunächst die Wegweisung vorzunehmen. Sollte es dennoch zu Problemen kommen, sollte man in einem weiteren Schritt die Tonnagebeschränkung vornehmen.

Die Arbeitskommission kommt einstimmig überein, zunächst eine sinnvolle Wegweisung zum Gewerbegebiet Heidenberg vorzunehmen. Ist das Gewerbegebiet „in Betrieb“ sollen Verkehrserhebungen (Zählungen und Messungen) durchgeführt werden. Sollte sich dann herausstellen, daß trotzdem die Siegener Straße mit Fahrzeugverkehr zum Gewerbegebiet belastet wird, ist in einem zweiten Schritt die tonnagemäßige Begrenzung zu beschildern.

### **3. Siegen, Am Ginsterhang Maßnahmen zur Ordnung des ruhenden Verkehrs**

Die Anregung kommt aus dem Bezirksausschuß IV. Der Bereich Am Rothenberg/ Am Ginsterhang war bereits mehrmals Gegenstand der Beratung in der Arbeitskommission, das Parken zu ordnen. Was an Parkmöglichkeiten Am Ginsterhang/ Am Rothenberg zugelassen werden konnte, ist nach Auffassung der Verwaltung ausgeschöpft.

Bergseitig befindet sich in der Straße Am Ginsterhang kein Gehweg. Teilweise ist ein Schrammbord von ca. 40 cm vorhanden. Die Fahrbahnseite ist mit eingeschränktem Haltverbot versehen, da hier ein Linienbus verkehrt. Der talseitige Gehweg ist durchgehend ca. 2,35 m breit. Vor den jeweiligen Garagenzufahrten ist der Bordstein abgesenkt.

Nunmehr soll geprüft werden, im Bereich der Straße Am Ginsterhang im Kurvenverlauf auch das Gehwegparken zuzulassen. Aus Sicht der Unfallentwicklung besteht kein Handlungsbedarf mehr zu tun. Das Gehwegparken zuzulassen, würde bedeuten, daß anschließend die Forderung komme, die Bordsteine durchgehend abzusenken. Eine Restgehwegbreite von 1,50 m sollte eingehalten werden.

Die Verwaltung sieht keinen Handlungsbedarf, zumal es dann zu Unfällen kommen könnte und die Parkregelung wieder entfernt werden müßte.

Die Arbeitskommission stimmt einstimmig den Ausführungen der Verwaltung zu.

### **4. Siegen- Weidenau, Weidenauer Straße – Zufahrt OBI/ W. Schneider**

Im Bezirksausschuß II wurde gebeten, die Verkehrsregelung Zufahrt OBI/ Schneider nochmals in der Arbeitskommission zu behandeln. Damit in verhaltener Fahrweise auf den Parkplatz, wo viel Fußgängeraufkommen herrscht, gefahren wird, wurde die Zufahrt zur Fa. Schneider als rechts vor links- Regelung gestaltet und die vorfahrtsregelnde Beschilderung weggenommen. Diese Verkehrsregelung besteht seit mehr als einem Jahr. Sie hat sich bewährt. Unfallmäßig besteht kein Handlungsbedarf. Die Regelung sollte daher beibehalten werden.

Die Arbeitskommission stimmt einstimmig dem Verwaltungsvorschlag zu.

**Ergänzung:**

Seitens der Verwaltung wird vorgetragen, daß eine Anregung vorliege, im Bereich der alten Zufahrt der Fa. Achenbach (jetzt Göttert) das Linksabbiegen zuzulassen.

Die Arbeitskommission spricht sich einstimmig dagegen aus, in diesem Bereich das Linksabbiegen zuzulassen.

**5. Siegen- Weidenau, Glück- Auf- Straße  
Einrichtung einer weiteren Parkverbotszone**

Ein gleichlautender Antrag war bereits Gegenstand der Beratungen im Bezirksausschuß II am 29.11.2001. In Abstimmung mit der Polizei wird kein Handlungsbedarf gesehen, die Parker bergauf der Glück- Auf- Straße zu verdrängen. Aufgrund der Fahrbahnbreite ist Fahrzeugbegegnungsverkehr möglich. Das Parken am Fahrbahnrand verleitet zur verhaltenen Fahrweise, insbesondere auch deshalb, weil im Anschluß an die Einmündung Grube Neue Haardt/ Glück- Auf- Straße die Geschwindigkeit auf 30 km/h begrenzt wird.

Unfälle sind nicht zu verzeichnen.

Eine Parkregelung wird seitens der VWS nicht für sinnvoll geachtet, da ca. 25 – 30 Gelenkbusse die Glück- Auf- Straße bergauf befahren müssen.

Auf Grund der Vielzahl von parkenden Fahrzeugen zum Zeitpunkt der Besichtigung der Örtlichkeit durch die Kommission kommt die Arbeitskommission einstimmig überein, den Streckenabschnitt mit eingeschränkten Haltverbot zu versehen.

**6. Siegen- Geisweid, Marktstraße  
Ausweitung der Tempo 30- Zone zwischen dem Bereich Rijsburger Straße und Marktstraße**

Aus dem Bezirksausschuß I – Geisweid wurde angeregt, die Tempo 30 Zone Marktstraße auf den Bereich zwischen Bahnstraße und Röntgenstraße zu verlängern. Seitens der VWS wurden schon damals Bedenken geäußert, weil es sich um die Hauptachse zum Busbahnhof handelt. Daher wurde angeregt, die Tempo 30 Zone erst nach dem Busbahnhof beginnen zu lassen.

Aus Sicht der Verwaltung und der Polizei wird zum jetzigen Zeitpunkt kein Handlungsbedarf gesehen, die Tempo 30 Zone zu erweitern, zumal die Marktstraße teilweise über 4 Fahrspuren verfügt und die Rijsburger Straße an Markttagen (Mittwoch, Samstag) gesperrt ist und somit erhebliche Verkehrsverlagerungen über die Marktstraße erfolgen. Die Angelegenheit sollte erneut thematisiert werden, wenn die beschlossenen Kreisverkehrslösungen umgesetzt sind.

Die Arbeitskommission stimmt einstimmig dem Verwaltungsvorschlag zu.

**7. Siegen- Geisweid, Ludwig- Kenter- Straße  
Parkdruck durch das Berufsbildungszentrum pp.**

In der letzten Verkehrsausschußsitzung vom 03.12.2001 wurde aufgrund eines Zeitungsartikels auf die Parksituation in der Ludwig- Kenter- Straße verwiesen und gebeten, daß die Arbeitskommission sich damit befaßt.

Der Parkdruck ist durch das BBZ entstanden, das nicht über ausreichende Parkplätze verfügt. Die Problematik war bereits mehrfach Thema der Arbeitskommission, da es auch zu Behinderungen des ÖPNV gekommen war, diese wurden durch die Aufstellung von Haltverboten ausgeräumt.

Anwohnerparken sollte vorerst nicht eingeführt werden, da eine Novellierung der StVO in diesem Zusammenhang ansteht und die Anwohner mit Gebühren belegt werden müssten.

Vielmehr sollten bis zur nächsten Verkehrsausschußsitzung mit dem BBZ und der DAA Gespräche geführt werden

- a) bezüglich des Parkens unter der HTS,
- b) unter Beteiligung der Bauaufsicht wegen ausreichender Stellplätze,
- c) hinsichtlich der Öffnung der abgesperrten Fläche Ecke Breitscheidstraße/ Reckhammerstraße. Diese Fläche ist von der Liegenschaftsverwaltung für kirchliche Zwecke vermietet.

Die Arbeitskommission stimmt der beabsichtigten Vorgehensweise der Verwaltung einstimmig zu.

## **8. Siegen, Brüder- Busch- Straße**

In der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 22.01.2002 wurde die aufgeblähte Fahrradspur thematisiert und die Arbeitskommission beauftragt, die Angelegenheit zu prüfen.

Der aufgeblähte Fahrradstreifen wurde im Zuge der Neumarkierung Hindenburgbrücke eingerichtet. Der Verkehrsausschuß ist in der Sitzung am 03.12.2001 im Zusammenhang mit der Vorstellung des Programms „Pro Rad“ entsprechend unterrichtet worden.

Die Arbeitskommission spricht sich gegen eine aufgeblähte Fahrradspur aus, da ein nicht verträgliches Fahrzeugrückstau von und auf die Siegplatte entsteht. Die Thematik soll im Verkehrsausschuß abschließend beraten werden.

## **9. Siegen, Hindenburgstraße – Haltverbote**

Das Zonenhaltverbot in der Hindenburgstraße zwischen Brüder- Busch- Straße und Fürst- Johann- Moritz- Straße hat sich nicht bewährt. Das Parken ist neu zu ordnen, in dem zwischen der Fürst- Johann- Moritz- Straße und der Brüder- Busch- Straße die Kurzparkzone etwas verlängert und die Ladezonen beschilderungsmäßig verdeutlicht werden.

Die Arbeitskommission stimmt einstimmig dem Verwaltungsvorschlag zu. Bei der Beschilderung soll eine zeitliche Befristung werktags von 9 bis 19 Uhr angeordnet werden.

## 10. Siegen- Niederschelden, Siegtalstraße

Aus Kreisen des Bezirksauschuß VI wurde angeregt, die Mittelinsel vor der Einmündung Im Drottental zu verlagern oder zu entfernen. In der Örtlichkeit ist festzustellen, daß durch den Lkw-Verkehr wegen der Mittelinsel die Flußbahnen beschädigt werden und immer wieder erneuert werden müssen. Eine gänzliche Wegnahme der Querungsmöglichkeit ist nicht vertretbar. Alternativ könnte hier eine Fußgängersignalanlage oder ein Zebrastreifen an dieser Stelle oder in unmittelbarer Nähe angelegt werden.

Die Arbeitskommission ist einstimmig der Auffassung, daß weder eine Signalanlage noch ein Zebrastreifen erforderlich ist. Die vorhandene Querungshilfe soll im derzeitigen Zustand verbleiben. Allenfalls könnten noch einige rot- weiße Pfosten Richtung Ortsmitte Eiserfeld gesetzt werden.

## 11. Siegen- Gosenbach, Am Stein

Aus Kreisen der Bevölkerung wird angeregt, den Land- und Forstwirtschaftsweg für den öffentlichen Verkehr freizugeben, damit eine Verkehrsentlastung im Wohnbereich eintritt.

Die Arbeitskommission sieht einstimmig keinen Handlungsbedarf den gesperrten Land- und Wirtschaftsweg zur Durchfahrt freizugeben, da der Zustand des Weges eine solche Durchfahrt – außer für Land- und Forstwirtschaft - nicht her gibt. Die Straße ist nicht durchgängig ausgebaut und hat nur eine Breite von ca. 3 m. Zwingende Voraussetzung für eine solche Durchfahrt sei die aufwendige Herrichtung des Weges, aber auch in diesem Fall käme nur eine Einbahnstraßenregelung in Betracht.

### Ergänzung:

In Zusammenhang mit der **Einmündung Siegener Straße/ Am Stein** weist Herr Meiswinkel darauf hin, daß die VWS aus der Straße Am Stein kommend nicht nach links in die Siegener Straße abbiegen kann. Aus diesem Grunde müssten die Busse ca. 8 mal täglich bis an die Buswende im Ort fahren, um zu wenden und die Siegener Straße Richtung Achenbach wieder befahren zu können. Er bittet die Verwaltung zu prüfen, ob hier eine Abhilfe möglich sei.

## 12. Siegen, Tiergartenstraße

Seitens Herrn Vogler wird beantragt, im Bereich der Standortverwaltung von der Einmündung Tiergartenstraße bis zum Ende des Gebäudes das Parken zuzulassen. Die Bundeswehr unterhalte in dem Gebäude lediglich noch eine Kleiderkammer. Gründe, daß auf Grund des Objektschutzes das Parken nicht erlaubt werden könne, seien nicht mehr gegeben.

Die Arbeitskommission beauftragt die Verwaltung zu prüfen, welche Möglichkeiten in diesem Bereich bestehen. Da bereits aus der Arndtstraße Beschwerden über mangelnde Parkflächen vorliegen, soll vorrangig dem Anwohnerparken Raum gegeben werden.

NS der Verwaltung: Die Gehwegbreite wurde mit 2,90 m ermittelt, so daß die Fahrzeuge ganz auf dem Gehweg abgestellt werden könnten, wie schon am Anfang nach der Einfahrt Parkplatz Stand-

ortverwaltung praktiziert worden ist. In dem Bereich bis zur Einmündung Blauwunderstraße könnten ggf. ca. 7 bis 8 Parkplätze geschaffen werden. Falls es erforderlich wird, sollte auch eine Kurzparkregelung mit dem Anwohnerparken gekoppelt werden.

### **13. Siegen, Weidenauer Straße/ Samuel- Frank- Straße**

Derzeit sind in dem Bereich 2 Fahrtrichtungen geradeaus vorhanden, die zusätzlich rechts ein Auffahren auf die HTS und links ein Einbiegen in die Samuel- Frank- Straße ermöglichen. Hat der Linksabbieger „Grün“, so wird er beim Linksabbiegen durch den Gegenverkehr aus Richtung Sandstraße angehalten. Aus diesem Grund hatte die Verwaltung seinerzeit vorgeschlagen – was aber zunächst zurückgestellt worden ist –, auf einer kurzen Strecke eine Linksabbiegespur in der daneben liegenden Geradeausspur zu markieren. Aus Richtung Hagener Straße ist nur eine Geradeausspur vorhanden.

Während der Errichtung des Polizeigebäudes war auf der rechten Spur das Kurzparken zugelassen, was dazu führte, daß sich der Verkehr bereits direkt auf die innere Spur einordnete.

Die Verwaltung regt an, zumindest versuchsweise die Markierungsmaßnahme von 2 Geradeausspuren und eine kurze Linksabbiegetasche mit Folie vorzunehmen und im Verkehrsausschuß über die Erfahrungen zu berichten. Aus Sicht der Polizei sollte jedoch vorab geprüft werden, ob beim Rechtsabbiegen aus Richtung Samuel- Frank- Straße abgebogen werden kann, ohne den Gegenverkehr zu tangieren.

Die Arbeitskommission stimmt dem Verwaltungsvorschlag einstimmig zu.

Nach Abhandlung der Tagesordnungspunkte wird seitens der politischen Mitglieder der Arbeitskommission darum gebeten, im nächsten Verkehrsausschuß vom Grundsatz her zu beraten, welche Punkte einer örtlichen Begutachtung durch die Arbeitskommission bedürfen.

Mockenhaupt



## **VERWALTUNGSVORLAGE**

Geschäftsbereich 4  
Fachbereich 9/1  
Bearbeitet von: Herrn Sondermann

Datum  
22.03.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

---

**Verkehrsausschuss**

**11.04.2002**

---

Betreff:

**Betrieb der Zentraldeponie des Kreises Siegen-Wittgenstein (Fludersbach)  
- Verkehrliche Auswirkungen -**

---

### **Beschlussvorschlag:**

Der Verkehrsausschuss des Rates der Stadt Siegen nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

### **Sachverhalt / Begründung:**

Die Lärmsituation in der Straße "Fludersbach", vor allem hervorgerufen durch die Andienung der Zentraldeponie und der Sortieranlage des Kreises Siegen-Wittgenstein hat seit Ende des Jahres 1999 den zuständigen Bezirksausschuss, den Verkehrsausschuss, den Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie, den Bauausschuss und auch den Haupt- und Finanzausschuss mehrfach beschäftigt.

Der Verkehrsausschuss hatte sich in seiner Sitzung am 17.02.2000 umfassend mit Maßnahmen zur Geschwindigkeitsbegrenzung und dem Parkverhalten auseinandergesetzt sowie mit Fragen einer evtl. Tonnagebegrenzung sowie des baulichen Zustandes der Straße im Zusammenhang mit der Benutzung durch den Schwerlastverkehr.

In diesem Jahr wird mit dem Ausbau der Straße "Fludersbach" begonnen.

Der Kreis Siegen-Wittgenstein wird sich an den Kosten der Fahrbahn mit einem Betrag von rd. 100.000,00 € beteiligen. Dies entspricht in etwa einem von den Anliegern zu tragenden Anteil von 10 % der Ausbaukosten. Vorausgegangen waren gemeinsam mit dem Kreis durchgeführte Verkehrszählungen und seitens der Stadt dargelegte Gründe der zusätzlichen Beanspruchung der durch den Schwerlastverkehr belasteten Straße.

Aufgrund der Beschlusslage im zuständigen Bezirksausschuss, Bauausschuss und auch Verkehrsausschuss ist dem Kreis Siegen-Wittgenstein schriftlich als auch in Gesprächen gegenüber ausführlich dargelegt worden, dass es seitens der Stadt nicht

mehr hingenommen werden kann, die Deponie - und hier vor allem die von der Firma Kölsch betriebene Sortieranlage für Baustellenmischabfälle - verkehrsmäßig ausschließlich über das Straßennetz der Stadt anzudienen unter übermäßiger Beanspruchung der Straße "Fludersbach". Gefordert wurde, die Zulieferung des überörtlichen und teilweise landesübergreifenden Abfalles erheblich einzuschränken und eine alternative Zufahrt in Erwägung zu ziehen. Die Einleitung konkreter Schritte zur Überprüfung anderer Erschließungsmöglichkeiten werde erwartet, wobei die Interessenlagen der Gemeinde Wilnsdorf zu berücksichtigen sind.

Dem Kreis gegenüber angesprochen worden ist auch die Frage einer Verlagerung des Umschlagplatzes für Haus- und Gewerbeabfälle sowie eine Erschließungsmöglichkeit über die "Faule Birke".

Der Kreis hat der Stadt gegenüber umfassend mit Schreiben vom 15.02.2002 Stellung bezogen und dies in einem Gespräch am 27.02.2002 erläutert.

Der Kreis hat seine umfangreiche Stellungnahme zum Anlass genommen, den Betrieb der Deponie Fludersbach im Gesamtzusammenhang mit seiner Aufgabenerfüllung darzustellen und Stellung bezogen zu den Überlegungen zur Schaffung von alternativen Zu- und Abfahrten.

Im Folgenden sind vor allem Aussagen und Auffassungen des Kreises zu den Anlieferungsmengen und -verkehr sowie zur Prüfung alternativer Zuwegungen zur Deponie zusammengefasst.

Was den Betrieb der Deponie allgemein angeht, so teilt der Kreis mit, dass entsprechend den bundesrechtlichen Vorgaben und der abfallrechtlichen Bescheidlage der Bezirksregierung die Ablagerung von sämtlichem Restmüll in der heutigen Form ab dem 01.06.2005 auf Deponien nicht mehr möglich sei. Somit werde auch auf der Deponie Fludersbach ab diesem Zeitpunkt im Wesentlichen nur noch Bodenaushub, insbesondere zur Rekultivierung der bisherigen Betriebflächen, angenommen. Nach dem derzeitigen Stand sei ferner davon auszugehen, dass die Ablagerung von Bodenaushub und die anschließenden Rekultivierungsarbeiten bis zum Jahre 2015 beendet sein werden.

Hinsichtlich des Anlieferverkehrs in den letzten Jahren wird Folgendes festgestellt:

"In etwa proportional zu den Anlieferungsmengen hat sich der jährliche Anlieferverkehr zur Abfalldeponie Fludersbach entwickelt, wie aus der nachstehenden Übersicht der letzten 8 Jahre zu entnehmen ist:

	Verwogene Anlieferungen mit Lkw's sowie Anhänger über 600 kg Nutzlast	Anlieferungen mit Pauschalgebühr, insbesondere Pkw's sowie Anhänger bis 600 kg Nutzlast
1994	58.905	30.725
1995	50.835	30.840
1996	55.834	35.324
1997	56.883	38.544
1998	52.670 <sup>1)</sup>	42.669 <sup>2)</sup>
1999	43.032	50.948
2000	44.230	52.585
2001	43.153 <sup>3)</sup>	53.101

<sup>1)</sup> Beginn des Betriebes der Sortieranlage auf der Deponie zum Jahreswechsel 1997 / 1998.

<sup>2)</sup> Umstellung der Sperrmüllabfuhr auf Abrufsystem in der Stadt Siegen im Jahre 1998.

<sup>3)</sup> Ohne Anlieferungen von Erdaushub zur Geruchsminimierung (Sonderaktion).



Gemäß den gesetzlichen Vorgaben und den Zielsetzungen des Abfallwirtschaftskonzeptes des Kreises sind die Abfälle, soweit sie nicht vermieden werden können, vorrangig einer Verwertung zuzuführen. Mit entsprechenden vielfältigen Verwertungsaktivitäten verfolgt der Kreis hierbei das Ziel, die Menge der letztendlich relativ aufwändig und somit kostenintensiv zu beseitigenden Restabfälle und damit auch die Gesamtkosten der Abfallentsorgung auf ein vermeidbares Minimum zu begrenzen.

Einen wesentlichen abfallwirtschaftlichen Baustein zur Erreichung dieser Zielsetzung stellt hierbei die Sortieranlage für Baustellenmischabfälle und gleichartige Abfälle gewerblicher / industrieller Herkunft sowie von Sperrmüll aus privaten Haushalten dar, die seit dem Jahreswechsel 1997 / 1998 erfolgreich auf der Deponie Fludersbach betrieben wird."

Nach Aussage des Kreises unterliegt der Einzugsbereich einer solchen Sortieranlage mit dem In-Kraft-Treten des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes 1996 keinen räumlichen Beschränkungen mehr.

Allerdings würde sich im Gegensatz zu gleichartigen Anlagen in anderen Kreisen, zu denen sogar Abfälle aus dem Ausland angeliefert würden, der Annahmeradius der Anlage auf der Deponie Fludersbach im allgemeinen auf rd. 100 - 150 km beschränken.

Wie der Kreis weiter zur verkehrlichen Situation feststellt, ist der Verkehr mit größeren Fahrzeugen entsprechend dem sinkenden Abfallaufkommen in den letzten Jahren stetig zurückgegangen.

Zum Anteil des Verkehrs von auswärtigen Hängerzügen zur Sortieranlage wird mitgeteilt, dass dieser im Jahre 2001 werktags (Montag bis Freitag) zwischen 07.00 Uhr und 17.00 Uhr im Durchschnitt ca. 29 Fahrzeuge betragen habe und samstags bei einem entsprechenden Aufkommen zwischen 07.00 Uhr und 14.00 Uhr max. durchschnittlich bei 9 Fahrzeugen. Diese Zahlen seien auch für das Jahr 2002 anzusetzen.

Der Kreis geht allerdings ab dem Jahre 2003 von einem drastischen Rückgang des Verkehrsaufkommens aus, und zwar aufgrund der von der Bundesregierung noch für 2002 geplanten Gewerbeabfallverordnung. Diese setze durch ihre abfallrechtlichen Vorschriften den technischen Aufwand für Sortieranlagen so hoch, dass die Input-Menge deutlich reduziert werde. Würden heute - wie vorher aufgezeigt - ca. 29 Fahrzeuge täglich die Anlage andienen, so würde sich diese Anzahl ab 2003 auf ca. 15 auswärtige Lkw-Züge verringern.

Ab dem Jahre 2005 (ggf. auch 2003) kämen ca. 8 Züge täglich hinzu, welche die Müllverbrennungsanlage in Iserlohn anfahren würden.

Zur Prüfung von alternativen Zuwegungen zur Deponie teilt der Kreis Folgendes mit:

a) Zu- und Abfahrt über die B 54 (Eremitage)

"Vorschläge zur Prüfung einer alternativen Zuwegung über die Eremitage zur Deponie werden ausweislich des entstandenen Schriftwechsels von Seiten der Stadt Siegen bereits seit dem Jahre 1991 an den Kreis herangetragen. Diese Vorschläge wurden regelmäßig vom Kreis aufgegriffen und geprüft, ohne dass sich neue Gesichtspunkte zu deren Umsetzung ergeben hätten.

Zuletzt wurde 1999 auch das Westfälische Straßenbauamt Siegen (heute Landesbetrieb Straßenbau) vom Kreis um eine fachliche Beurteilung gebeten.

Nach Rücksprache mit dem Westfälischen Straßenbauamt Siegen ist diese alternative Anbindung der Deponie nicht durch einen einfachen Ausbau des vorhandenen Waldweges, sondern aus knotenpunktgestalterischen Gründen nur durch die völlige Neuanlage eines qualifizierten Straßenstückes parallel zum Waldweg möglich. Des Weiteren ist der Einmündungsbereich in Richtung Wilnsdorf wegen der Nutzung durch den Schwerverkehr mit einer Beschleunigungsspur auszustatten. Die in diesem Bereich befindliche Bushaltestelle müsste ebenfalls verlegt werden.

Nach einer überschläglichen Kostenabschätzung sind allein diese straßenbaulichen Maßnahmen einschließlich des Grunderwerbs mit ca. 400.000,00 € bis 500.000,00 € zu veranschlagen. Da der Streckenabschnitt der B 54 in Richtung Siegen wegen der Beschränkung auf 7,5 t zulässiges Gesamtgewicht dem Lkw-Verkehr nicht zur Verfügung steht, kann die alternative Zufahrt nur von ca. 2 / 3 der Großfahrzeuge genutzt werden, die über die BAB-Anschlussstelle Wilnsdorf in Richtung Siegen orientiert sind, mithin zur Zeit noch ca. 20 Fahrzeuge, ab 2003 nur ca. 10 Fahrzeuge pro Tag. Es ist offensichtlich, dass angesichts dieser Fakten eine wirtschaftlich vertretbare Nutzen-Kosten-Relation nicht gegeben ist, insbesondere im Hinblick auf den in der Straße "Fludersbach" erzielenden Entlastungseffekt. Zu bedenken ist auch, dass der Lärmschutzwall zur Deponie durchbrochen werden müsste. Die entsprechenden Lärmemissionen dürften wiederum zu berechtigten Klagen der Anwohner der Eremitage führen. Hinzu kommen erhebliche Straßenbaukosten auf der Deponie. Außerdem sind betriebliche Erschwernisse bzw. Nutzungseinschränkungen im Winter zu erwarten, die den Verkehrswert dieser Alternative drastisch abmindern."

b) Zu- und Abfahrt über die "Faule Birke" (Autobahnzubringer)

"Diese Variante ist bislang noch nicht ernsthaft vorgeschlagen worden. Sie umfasst den völligen Neubau einer rd. 2,5 bis 3 km langen Zufahrtsstraße durch weitgehend unberührtes Waldgelände sowie den Bau eines entsprechenden Knotenpunktes an die L 562. Diese Variante dürfte bereits aus wirtschaftlichen, aber auch landschaftschuttfachlichen Gründen ausscheiden. Wegen des Schwerverkehrs müssten außerdem die Steigungs- bzw. Gefällestrecken durch große Dammschüttungen oder tiefe Einschnitte minimiert werden, was die Baukosten weiter erhöhen und auch die Eingriffe in Natur und Landschaft immens vergrößern würde. Trotzdem wird mit einem stark eingeschränkten Verkehrswert im Winter zu rechnen sein. Aus allen diesen Gründen kann auf weitere Detailuntersuchungen wohl verzichtet werden. Im Übrigen würde diese Zuwegungsvariante die stadt eigenen Planungen zur Errichtung eines Gewerbeparkes im Oberen Leimbachtal beträchtlich tangieren. Offene Grunderwerbsfragen stehen ebenfalls im Raum."

Zusammenfassend kommt der Kreis zu folgendem Ergebnis:

"Im Ergebnis bleibt festzuhalten, dass die konkrete Planung und der Bau alternativer Deponiezufahrten seitens des Kreises nicht zielführend sind. Die von dritter Seite unterbreiteten Vorschläge sind vom Kreis geprüft und bei der Variante B 54 / Eremitage mit den entsprechenden Fachbehörden erörtert worden. Diese Alternativen sind jedoch aus betrieblichen, wirtschaftlichen, verkehrstechnischen sowie immissions- und landschaftschuttfachlichen Gründen nicht weiterzuverfolgen.

Im Übrigen sind Zweifel darüber angebracht, ob die Zulassung zum Bau nach dem hierfür von der Bezirksregierung Arnsberg durchzuführenden abfallrechtlichen Zulassungsverfahren (Planfeststellungsverfahren) unter Abwägung aller öffentlichen und privaten Interessen überhaupt erteilt werden würde."

Ergänzend zu den Ausführungen der Vorlage werden Vertreter des Kreises Siegen-Wittgenstein und des Landesbetrieb Straßenbau NRW, Niederlassung Siegen, in der Sitzung Stellung nehmen.

In diesem Zusammenhang wird auch zu der künftigen Gesamtverkehrsentwicklung Stellung genommen wie auch zu einer denkbaren Verlagerung der Sortieranlage.

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja

☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

Im Auftrag

Schul

Anlagen: keine

## **VERWALTUNGSVORLAGE**

Geschäftsbereich 4  
Fachbereich 9/1  
Bearbeitet von: Paul Sondermann

Datum  
25.03.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

---

**Verkehrsausschuss**

**11.04.2002**

---

Betreff:

**Verkehrsführung in der Hüttenstraße, Siegen-Geisweid**

---

### **Beschlussvorschlag:**

Der Verkehrsausschuss des Rates der Stadt Siegen stimmt den Ausführungen der Straßenverkehrsbehörde zu und ist mit der Rücknahme der vollzogenen straßenverkehrsbehördlichen Anordnung zur Abriegelung der Hüttenstraße von der Sohlbacher Straße her einverstanden.

### **Sachverhalt / Begründung:**

#### Einordnung der Straße im städt. Verkehrsnetz

Die Hüttenstraße ist eine städt. Verbindungsstraße zwischen der Sohlbacher Straße im Norden und der Birlenbacher Straße im Süden. Sie stellt somit die kürzeste Verbindung zwischen der Ortsmitte Geisweid und dem sog. „Hüttental“ mit den dortigen Einkaufseinrichtungen dar.

Ihrem Charakter im Straßennetz der Stadt nach handelt es sich nicht um eine Wohnstraße. Im Flächennutzungsplan der Stadt ist der an die Hüttenstraße angrenzende Gebietscharakter teilweise als Mischgebiet, Kerngebiet, Gewerbegebiet und sogar als Industriegebiet dargestellt.

Parallel zur Hüttenstraße verläuft die vierspurig ausgebaute Geisweider Straße. Die Benutzung dieser Straßenstrecke über die Sohlbacher Straße / Geisweider Straße / Einmündung Birlenbacher Straße erfordert einen ca. 300 – 400 m langen Umweg unter Beachtung von 2 Lichtsignalanlagen.

Im Bedarfsfall ist die Hüttenstraße als Umleitungsstrecke für diesen Abschnitt der Geisweider Straße vorgesehen.

Die Hüttenstraße ist seit 1993 Bestandteil der eingerichteten T 30-Zone.

### Maßnahmen zur Verkehrsentslastung bzw. -beruhigung

Seit Ende 1997 spricht sich ein Teil der Anwohner der Hüttenstraße für weitere Verkehrsberuhigungsmaßnahmen aus.

Aufgrund durchgeführter Verkehrszählungen und Geschwindigkeitsmessungen sind seitens der Straßenverkehrsbehörde in Abstimmung mit der Polizei und dem Straßenbaulastträger zur Ausdünnung des Verkehrs und zu einer verhaltenen Fahrweise folgende Maßnahmen getroffen worden:

- Der LKW-Verkehr über 3,5 t ist bis auf den Anlieferverkehr (Zufahrt nur von der Birlenbacher Straße her) aus der Hüttenstraße herausgenommen worden.
- Um eine langsamere Fahrweise zu erreichen, sowie auch unnötigen Schleichverkehr zu vermeiden, waren zunächst punktuell Fahrbahneinengungen durch Aufstellen von Schachtringen vorgenommen worden; später sind als Ersatz hierfür bzw. zusätzlich Halteverbote in der Straße aufgestellt worden, um das Parken zu ordnen und ein versetztes Vorbeifahren zu ermöglichen.
- Zusätzlich waren vor Beginn der Straßenbaumaßnahme in der Birlenbacher Straße aufgrund entsprechender Empfehlungen und Beschlüsse des Verkehrsausschusses in der Mitte der Hüttenstraße zur Fröbelstraße hin Abbiegegebote aufgestellt worden, und zwar sowohl aus Richtung Sohlbacher Straße als auch aus Richtung Birlenbacher Straße. Diese Maßnahmen hatten sich allerdings nicht bewährt. Massive Bürgerbeschwerden waren seitens der Polizei vorgetragen worden. Im Rahmen ihrer Verkehrsüberwachung hatte diese festgestellt, dass die Verkehrsregelung von einem Großteil der Verkehrsteilnehmer nicht beachtet wurde und dass ein Teil der Verkehrsteilnehmer aus Richtung Birlenbacher Straße nach rechts in die Fröbelstraße einbog, um dann nach wenigen Metern wieder zu wenden und dann rechts abbiegend aus der Fröbelstraße ihre vorherige Fahrtrichtung wieder fortzusetzen. Des Weiteren mussten für Rechtsabbieger in die Fröbelstraße weite Umwege in Fahrtrichtung Norden in Kauf genommen werden bzw. bestanden v. a. für unkundige Fahrzeugführer Irritationen hinsichtlich der Wegeführung. Festgestellt worden war, dass ein Teil der Autofahrer die Hüttenstraße über die Hohe Straße / Schießbergstraße umfahren haben und dass dort ein erheblicher Verkehrszuwachs zu verzeichnen war. Es sei verstärkt zu Linksabbiegeverkehren in die Sohlbacher Straße gekommen, in einen relativ unübersichtlichen und unfallträchtigen Einmündungsbereich gegenüber der Parkplatzzufahrt und Haltestelle des ÖPNV.

Der Verkehrsausschuss hatte in seiner Sitzung am 06.02.2001 der Empfehlung der Verwaltung zugestimmt, das Rechtsabbiegegebot aus Richtung Birlenbacher Straße in die Fröbelstraße aufzugeben, das Gebot aus Richtung Sohlbacher Straße zunächst beizubehalten, um hierüber nochmals letztlich nach der Baumaßnahme Birlenbacher Straße zu entscheiden.

Aufgrund erneuter Bürgereingaben vom Juli 2001 war der Straßenverkehrsbehörde seitens des Straßenbaulastträgers ein neuer Beschilderungs- und Markierungsplan im September 2001 vorgelegt worden der vorsah, die Hüttenstraße aus Richtung Sohlbacher Straße abzuriegeln. Als Folge hieraus ist eine sog. unechte Einbahnstraße entstanden.

Aufgrund der bisherigen teilweise negativen Umsetzungsmaßnahmen zur weiteren Verkehrsberuhigung sowie aufgrund der Gesetzeslage gem. § 45 Abs. 9 StVO, wonach Verkehrszeichen und Verkehrseinrichtungen nur dort anzuordnen sind, wo dies aufgrund der besonderen Umstände zwingend geboten ist bzw. Beschränkungen und Verbote des fließenden Verkehrs nur angeordnet werden dürfen, wenn aufgrund der besonderen örtlichen Verhältnisse eine Gefahrenlage besteht, waren Bedenken seitens der Straßenverkehrsbehörde und der Polizei erhoben worden.

Allerdings ist letztlich die Auffassung vertreten worden, unter Hinweis auf § 45 Abs. 1 Ziff. 6 StVO zur Erforschung des Verkehrsverhaltens und der Verkehrsabläufe sowie zur Erprobung geplanter verkehrssichernder oder verkehrsregelnder Maßnahmen die Änderung für eine Dauer von 3 Monaten vorbehaltlich der Beschlussfassung des Verkehrsausschusses zu praktizieren.

Dem Verkehrsausschuss war dies in seiner Sitzung am 27.09.2001 mitgeteilt worden. Mit Abschluss der Baumaßnahme Birlenbacher Straße (1. und 2. Bauabschnitt) war die entsprechende Verkehrsbehördliche Anordnung ergangen. Neben der Vornahme entsprechender Beschilderungs- und Markierungsmaßnahmen waren als Folge die Abbiegegebote in die Fröbelstraße sowie die Wegnahme bzw. Stilllegung der Lichtsignalanlage in der Hüttenstraße anzuordnen.

#### Getroffene Feststellungen / Eingegangene Beschwerden

Nach Umsetzung der Maßnahme am 11.12.2001 sind vor allem im Januar diesen Jahres verstärkt mündliche und schriftliche Beschwerden hinsichtlich der neuen Verkehrsführung bei der Straßenverkehrsbehörde eingegangen. Formale Einsprüche liegen insbesondere seitens einiger Gewerbetreibender vor, die teilweise um ihre Kunden bangen, die erhebliche Umsatzeinbußen reklamieren sowie Schwierigkeiten bei der Vermietung gewerblicher Objekte.

Die Straßenverkehrsbehörde ist aufgerufen, diese Widersprüche sachgerecht zu bearbeiten, wobei die Belange des allgemeinen Straßenverkehrs und der Verkehrsteilnehmer mit den Interessen eines Teiles der Anlieger zu würdigen und abzuwägen sind.

In der Erprobungsphase ist u. a. Folgendes festgestellt worden:

- Ein Teil der die Hüttenstraße bisher benutzenden Fahrzeugführer missachtete die Verbotsbeschilderung der Einfahrt. Diese Erkenntnis stützt sich auch auf Mitteilungen der Polizei.  
Es hat sich gezeigt, dass die Akzeptanz des Verkehrsteilnehmers bei solch gravierenden Einschränkungen in die Verkehrsabläufe lediglich durch beschilderungsmäßige Anordnungen sehr gering ist, wenn diese nicht durch bauliche Maßnahmen unterstützt werden.  
Von daher musste – nicht zuletzt auch im Hinblick auf die Vermeidung weiterer Unfälle an dieser Stelle – durch die Aufstellung von Schachtringen das Verbot der Einfahrt verdeutlicht werden.
- Durch Umfahrung zur Birlenbacher Straße über die Geisweider Straße verlängert sich der Rückstau im unteren Bereich der Birlenbacher Straße v. a. in den Morgen- und Nachmittagsstunden. Hierdurch wird ein Abfließen der Fahrzeuge auf der Linksabbiegespur von der Geisweider Straße in die Birlenbacher Straße erheblich verlangsamt. Hinzu kommt, dass sich der Verkehrsteilnehmer, sei es ein Anlieger oder Kunde, von Siegen kommend in Richtung Hüttenstraße bereits hier links einordnen muss, da ihm ja die Zufahrt über die Sohlbacher Straße verwehrt ist. Folge

ist eine weitere Vergrößerung des Staus. Hierauf haben mehrere Beschwerdeführer hingewiesen.

- Eine Verkehrszunahme in der Hohe Straße ist zu verzeichnen. Hier wird auf das stark abschüssige letzte Teilstück der Straße zur Birlenbacher Straße hin verwiesen. Von Anliegern der Hohe Straße wird darauf hingewiesen, dass in Kürze per Unterschriftenliste das Begehren an die Stadt gestellt wird, auch hier den Verkehr zu minimieren und eine Einbahnstraßenregelung vorzusehen.

### Fazit

Die Straßenverkehrsbehörde kann Verkehrsverbote, -beschränkungen und -umleitungen anordnen, wenn die Anordnung der Wahrung eines der in § 45 Abs. 1 der StVO genannten Schutzgüter dienen soll. Wesentlicher Oberbegriff für die Eingriffszuständigkeit ist nach wie vor die Sicherheit oder Ordnung des Straßenverkehrs. Daneben besteht u. a. als Ermächtigungsgrundlage tätig zu werden der Schutz der Wohnbevölkerung vor Lärm und Abgasen. Die bisher seitens der Straßenverkehrsbehörde zur Hüttenstraße getroffenen Anordnungen in dieser Hinsicht stützten sich u. a. auf vorgenommene Verkehrszählungen und Geschwindigkeitsmessungen.

Bei jeder Tätigkeit zur Umsetzung von Maßnahmen nach § 45 StVO hat die Straßenverkehrsbehörde grundsätzlich im Rahmen ihrer Ermessensentscheidung vor allem den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit bzw. den des sog. Übermaßverbotes zu berücksichtigen und die berechtigten Interessen der Verkehrsteilnehmer und der Anlieger gegeneinander abzuwägen.

Festgestellt werden muss, dass bereits mit den getroffenen Maßnahmen einer Geschwindigkeitsreduzierung auf 30 km/h und des LKW-Verbotes die schutzbedürftigen Gründe der Anlieger in diesem Bereich unter Berücksichtigung des Charakters der Hüttenstraße als innerörtlicher Verbindungsstraße hinreichend gewahrt worden sind.

Was die Interessenabwägung angeht, so befinden sich 14 Gewerbebetriebe in der Hüttenstraße. Hiervon sind 7 dem nördlichen Bereich ab Fröbelstraße bis Einmündung Sohlbacher Straße zuzuordnen. Ein Teil dieser Gewerbetreibenden, aber auch Anwohner in diesem Bereich sowie auch andere Verkehrsteilnehmer, beschwerten sich vehement gegen die Abriegelung der Hüttenstraße. So wird – wie bereit vorher aufgezeigt – auf einen sehr starken Rückgang von Kunden hingewiesen, auf finanzielle Einbußen, auf geschäftsschädigende Wettbewerbsnachteile sowie eine auf eine nunmehrige Schlechterstellung bei Vermietung und Verpachtung von Liegenschaften.

Nicht zuletzt aufgrund des Angewiesenseins der Anlieger und Gewerbetreibenden auf eine möglichst ungehinderte direkte Zufahrtsmöglichkeit zu ihren Grundstücken bleibt festzustellen, **dass die Straßenverkehrsbehörde einer Fortsetzung bzw. endgültigen Festsetzung der Sperrung aus Richtung Sohlbacher Straße nicht zustimmen kann.** Gerade aus diesen Gründen waren die zuletzt getroffenen Anordnungen zeitlich begrenzt auf § 45 StVO gestützt worden „zur Erforschung des Verkehrsverhaltens, der Verkehrsabläufe sowie zur Erprobung geplanter verkehrssichernder oder verkehrsregelnder Maßnahmen“.

Der Straßenverkehrsbehörde ist es rechtlich verwehrt, ermessensfehlerfrei derart in die Verkehrsabläufe der Hüttenstraße einzugreifen, wie es aufgrund der Unterbindung der Zufahrtsmöglichkeit von der Sohlbacher Straße zzt. geschieht.  
Die entsprechende verkehrsbehördliche Anordnung ist somit zu widerrufen.

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja

☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt  <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

Im Auftrag

Schul

Anlagen: keine